

aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

61

April 2026 — Normalpreis: 1€ — Solipreis: 2€

rso
revolutionär sozialistische organisation

LEITARTIKEL

Wie KI die Wirtschaft und Arbeit verändert

Seite 2

AUS DEN BETRIEBEN

Grüner Stahl

Seite 3

INTERNATIONAL

- No Kings Demonstrationen
- Blockade gegen Kuba
- Warum ist der Iran nicht demokratisch?
- Iranische Stimme gegen den US-Angriff

ab Seite 4

ÖSTERREICH

Lehrer:innen gegen das Kopftuchverbot

Seite 9

ANTIFASCHISMUS

Repression gegen Antifaschismus liegt im Trend

ab Seite 10

DEUTSCHLAND

- Wie weiter mit dem Schulstreik ?
- Ein März voller Wahlen
- Neue Grundsicherung

ab Seite 12

REZENSION

Gelbe Briefe

Seite 15



Gegen Rechtsruck und Repression - unsere Antwort: Organisation!

Über einen Monat tobt nun schon der Angriffskrieg der USA und Israels auf den Iran, wie so oft ist kein schnelles Ende dieser „Spezialoperation“ in Sicht. Das Leiden Bevölkerung geh also weiter, denn Ziel dieses Krieges ist es nicht, die Bevölkerung von ihrem diktatorischem Regime zu befreien, sondern die Sicherung von Macht und Wirtschaftsinteressen. So sind die Regeln im Kapitalismus — auch wir spüren jeden Tag seine Auswirkungen: Zum einen greift die Regierung mit ihrer Bürgergeldreform weiter die Verlierer dieses Systems an, während durch den Aufstieg von KI-Systemen und undurchsichtigen Wirtschaftsentscheidungen unsere Jobs in Gefahr sind sei es im Büro oder durch „Transformationsindustrien“ wie der Stahlproduktion. Gleichzeitig gewinnen ultrarechte Parteien weiter Zulauf, wie die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg bewiesen

haben, während die Linkspartei weiterhin nicht von der Wut in der Bevölkerung profitieren kann. Als Antwort auf den Rechtsruck fallen dem bürgerlichen Staat jedoch nur stärkere Repressionen und Kulturkampf ein: sei es durch die brutalen Prozesse im Rahmen des „Budapest-Komplexes“, den Debatten im Rahmen der Berlinale oder einem neuen Kopftuchverbot in Schulen in Österreich.

Woche für Woche wird das Leben im Kapitalismus schwerer. Unsere Antwort dagegen kann nur sein: Organisieren wir uns! Die gewaltigen „No Kings“-Demonstrationen in den USA, die Proteste gegen Melonie in Rom oder große Proteste gegen den Krieg in London oder Japan zeigen, dass wir nicht alleine stehen. Gemeinsam können wir eine bessere Welt erkämpfen!

Wie KI die Wirtschaft und die Arbeit verändert

Künstliche Intelligenz ist ein Teil der Wirtschaft geworden. So, wie wir den Kurs des Goldes oder des US-Dollars beobachten können, hat auch die KI einen Preis: der eng an den Preis der Energie gekoppelt ist. Die KI verändert die Wirtschaft, und die Börsen stürzen sich in einem solchen Ausmaß auf die Gelegenheit, dass sich eine Wirtschaftskrise (ähnlich wie die sogenannte Dot-com-Blase vor 25 Jahren) am Horizont abzeichnet. Und was macht die KI mit der Arbeit, der Quelle allen Reichtums? Die KI-Sprachmodelle nerven uns zwar immer noch, aber fangen doch schon an, auf die Arbeitsplätze zu kommen.. Wird die Arbeit dadurch leichter?

In den USA gilt die Künstliche Intelligenz als Motor der Wirtschaft. Angesichts des Aufstiegs Chinas suchen westliche Regierungen nach Wegen, ihren nationalen Kapitalismus zu beleben. Nicht zuletzt Deutschland, als drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt, sucht nach Bereichen der Wirtschaft, die gewinnträchtig sein können. Am dynamischsten entwickelt sich die Künstliche Intelligenz, beflügelt durch den Erfolg generativer Sprachmodelle wie ChatGPT. Seit dessen Einführung vor drei Jahren flossen Milliarden in den Sektor. KI verspricht Unternehmen und Verwaltungen, zahlreiche bisher kaum automatisierbare Aufgaben zu übernehmen. Für viele Unternehmen gilt: Man darf diesen Trend nicht verpassen. Das Training von solchen KI-Systemen benötigt riesige Rechenzentren mit tausenden Mikroprozessoren und extrem hohem Energieverbrauch - so sehr, dass die Rechenleistung der Trainingzentren heute an ihrem Stromverbrauch gemessen wird (zum Beispiel 2 oder 3 Gigawatt).

Die Hunger nach Gewinnen ist groß: In den USA entsprechen die Investitionen in Rechenzentren bereits dem gesamten

Neubau von Bürogebäuden im Land. Auch die Halbleiterbranche profitiert stark. Amazon, Alphabet, Meta und Microsoft kündigten an, 2026 über 650 Milliarden Dollar in KI zu investieren.

In Berlin und Brandenburg kann der Strombedarf für geplante KI-Systeme

nen es oder diskutieren darüber.

Die Gewerkschaft Ver.di (Jugend) hat eine amerikanische Feldstudie analysiert. Ziel der Studie war zu verstehen, wie generative KI-Tools den Arbeitsalltag verändern. Ver.di fasst die Feldstudie zusammen: die Beschäftigten arbeiten

» Niemand hat sie eingeladen, aber sie ist da. «

nicht gedeckt werden. Das Plädoyer aus der Wirtschaft: die staatliche Bürokratie sei nicht dafür geeignet, genug Strom zu liefern und die „intelligenten Batteriespeicher“ zu nähren. Eine „dezentrale Resilienz“ durch private Unternehmen sei besser... ist das alles wirklich intelligent?

Die KI lädt sich überall ein

Wir kennen alle die „Meta AI fragen“-Taste auf Whatsapp, die uns förmlich mit ihren Augen anguckt. Niemand hat sie eingeladen, aber sie ist da. Wie TikTok, das uns beim Swipen mit Sex oder Gewalt überfällt, bereitet uns das Unbehagen. Könnte aber die KI zumindest einen Teil der Arbeit ersetzen, und somit dem Teil der Angestellten, die an den Computer gefesselt sind, das Leben erleichtern? Keineswegs!

Auch wenn eine komplette „Digitalisierung der Wirtschaft“ noch andauert, droht der Einsatz der KI überall, wo ein Computer herumsteht. Laut dem IT-Brancheverband Bitkom nutzen 41% aller deutschen Unternehmen Künstliche Intelligenz bereits, 48% pla-

schneider, übernehmen mehr Verantwortung und dehnen ihre Arbeitszeit aus: Burnout droht! KI reduziert tatsächlich die Arbeit nicht, sie verdichtet sie. Die Beschäftigten fühlen sich kaum weniger belastet. Wenn die KI Teilaufgaben ersetzen kann, erzeugt sie auch neue. Die Angestellten hatten offensichtlich die utopische Vorstellung, dank der KI produktiver zu werden und weniger arbeiten zu müssen – doch sie arbeiten nicht weniger, sondern genauso viel oder mehr. Statt der erwarteten Entlastung kam es bei den meisten Beschäftigten der Studie zu Zuständen geistiger Erschöpfung.

Fortschritt oder Rückschritt?

Wo die KI Arbeit mit repetitiver Tätigkeiten ersetzen kann, kann man sich vorstellen, dass sie das Leben der Arbeiter:innenklasse erleichtern könnte (Wobei.. Die Unternehmen sprechen schon von Kündigungsplänen durch Einsatz von KI...). Aber genauso wie mit allen Fortschritten der Technik dreht sich im Rahmen des Kapitalismus dieser Spieß meist um und verspricht düstere Entwicklungen. ■

Henrietta E. Radtke, Düsseldorf
Lorenz Wassier, Berlin



Wird der grüne Stahl uns unsere Arbeitsplätze kosten?

Entlassungswellen und Betriebsschließungen sind weiterhin Realität, so wurde seit Anfang 2025 der Abbau von bundesweit rund 148.000 Arbeitsplätzen angekündigt¹. Besonders davon betroffen sind Sektoren wie die Autoindustrie. Dort sinken die Absätze und die Produktivität steigt immer weiter. Auch die Stahlindustrie steht vor ähnlichen Veränderungen, so seien laut Arbeitgeberverband Gesamtmetall 150.000 Stellen gefährdet.²

Saarstahl AG und Thyssenkrupp Steel setzten ihre Hoffnungen auf die grüne Transformation. Die Produktion von klimaneutralem Stahl erfordert einen Umbau, der schon reichlich durch die Ampelregierung subventioniert wurde, und nebenbei eine prima Gelegenheit für Outsourcing bietet – zum Unmut der Stammbesitzer. Jedes dieser Projekte ist auch für das Kapital ein riskantes Spiel. Der Boss von Thyssenkrupp Miguel López sagte: „Mit diesem Projekt sprengen wir nicht nur die Grenzen des technologisch Machbaren. Wir bewegen uns derzeit auch an der Grenze der

auszuspielen wie Trumps „Drill, Baby Drill!“, denn solche Skepsis findet man auch bei den Kapitalist:innen selbst. Die meisten Firmen zeigen sich

»» Für die Energiewende der Stahlindustrie sollen López und Co. ihre Geschäftsbücher öffnen««

hauptsächlich interessiert an kurzfristigen Profiten. Beispielsweise ArcelorMittal beendete sämtliche Transformationspläne in Richtung grünem Stahl. Dies trifft besonders die kleineren Zulieferbetriebe zu, für die eine Modernisierung der Produktion nicht so günstig ist, da sie von viel kleinerem Maßstab sind. Diese Situation kann auch die AfD sehr gut nutzen, indem die Wut auf den wirtschaftlichen Engpässe gegen Klimaziele und staatliche Regulierungen geleitet wird. Doch Deregulierung wird sicherlich keine Arbeitsplätze retten.

Kein Arbeiter:innen gestellt. Unterbietungswettbewerb mit den chinesischen Stahlarbeiter:innen in Sache Arbeitsbedingungen, kein Sicherheit geben. Am Ende kommt es drauf an, ob wir es zulassen, dass die Aktionäre jahrzehntelang unsere Arbeitskraft ausbeuten um uns beim leisesten Wind auf die Straße zu setzen. Die Folgsamkeit der IG-Metall verkauft jede Widerstandsmöglichkeit, und kann nur Frust und Passivität vieler Kolleg:innen verstärken. Es ist daher nötiger denn je, eine Arbeiter:innenstimme hörbar zu machen, die sich nicht nur als Korrektiv für Merz und Aktionäre, sondern auch für einen eigenen Industriepan laut macht. Die Umwandlung des Sektors ist nötig, doch ohne den Abbau unserer Rechte und ohne Vertrauen in López und seine Clique an Bossen und Managern. Gegen jede Entlassung und Schließung!



Thyssenkrupp in Duisburg

wirtschaftlichen Rentabilität.“³ Skeptische Blicke gibt es auch aus der Politik, so zweifelte Friedrich Merz im Januar, ob die nötige Menge von Wasserstoff erreichbar wäre. Da trifft er einen anderen Ton als sein Vorgänger Scholz, behält in der Tat aber dieselbe Linie. Dass Merz sich im selben Zug gegen das Autoverbrenneraus 2035 ausgesprochen hat, ist nicht nur Demagogie, um Klimaschutz und Arbeitsplätze gegeneinander

Die IG-Metall spielt, angesichts der schwierigen Situation, den Unternehmensratgeber für die Energiewende – und nimmt dabei den Abbau gewerkschaftlicher Errungenschaften in Kauf um zumindest ein paar „zukunftssichere“ Arbeitsplätze zu retten. Die Infragestellung von grünem Stahl durch den Kanzler wurde von der IGM kritisiert, allerdings in erster Linie, weil es Raum für die chinesische Konkurrenz geben würde! Erneut wird also die Standortlogik vor das eigentliche Interesse der

Für die Energiewende der Stahlindustrie sollen López und Co. ihre Geschäftsbücher öffnen, und es ist an den Arbeiter:innen selber zu entscheiden, wie diese Umwandlung zu geschehen hat. ■

Ruth Lidenbrock, Duisburg
Eva Ruth, Hamburg.

1 <https://www.insm.de/aktuelles/publikationen/alamierender-stellenabbau-in-deutschland>.

2 <https://www.gesamtmetall.de/standort-konjunktur/konjunkturbericht/>.

3 <https://www.reuters.com/markets/commodities/thyssenkrupp-cant-guarantee-33-blm-green-steel-site-will-be-economical-ceo-says-2025-03-19/>

USA: Nach dem „No Kings Day“ liegt es an uns, wie es weitergeht!

Am Samstag, den 28. März, strömten rund 8 Millionen Menschen auf die Straßen von über 3.300 Städten in allen 50 Bundesstaaten der USA, um an den „No Kings!“-Demonstrationen gegen die Trump-Regierung teilzunehmen. Das waren die dritten und bislang größten „No Kings!“-Proteste seit Trumps zweiter Amtszeit. Die Proteste reichten von Orten wie New York City, wo über 350.000 Menschen demonstrierten, bis nach Kozue, Alaska – einer Kleinstadt mit etwa 3.000 Einwohnern im ländlichen Norden Alaskas.

Während in fast allen Großstädten Demonstrationen stattfanden, kamen zwei Drittel der Menschen, die sich online zur Teilnahme an einer Protestaktion angemeldet hatten, außerhalb der Großstädte, viele davon aus Bundesstaaten, die von den Republikanern, also Trumps Regierungspartei, kontrolliert werden.

Es gibt viele Gründe, auf die Straße zu gehen. Die Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung nehmen zu. Sozialprogramme, auf die Millionen Menschen angewiesen sind, werden gekürzt, von der Gesundheitsversorgung und Lebensmittelhilfe bis hin zum Umweltschutz und zur wissenschaftlichen Forschung. Das Geld aus diesen Kürzungen fließt durch Steuererleichterungen in Höhe von Billionen Dollar direkt in die Taschen von Milliardären und dient dazu, die US-israelische Kriegsmaschinerie am Laufen zu halten, die gegen die Bevölkerung im Iran, im Libanon und im gesamten Nahen Osten seit nunmehr zwei Monaten wütet. Und das Pentagon fordert weitere 200 Milliarden Dollar an Finanzmitteln für den Krieg. Außerdem entsenden die USA zusätzlich zu den bereits dort stationierten 50.000 Soldaten weitere 17.000 Truppen in die Region.

Das US-amerikanische und das israelische Militär haben bereits 25.000 Ziele im Iran angegriffen. Mehr als 1.900 Menschen wurden im Iran getötet, darunter 13 US-Soldaten. Millionen Menschen im Iran wurden vertrieben. Und der Krieg hat die Straße von Hormus gesperrt, was die Öl-, Lebensmittel- und Benzinpreise für Arbeiterfamilien in den USA und auf der ganzen Welt in die Höhe treibt, die ohnehin schon unter der steigenden Inflation leiden.

Und während dieser Krieg weiter tobt, hat Israel - mit vollständiger und uneingeschränkter Rückendeckung und militärischer Unterstützung der USA - einen verheerenden neuen Angriff auf den Libanon gestartet. Seit Anfang März haben israelische Streitkräfte über 1.200 Menschen im Libanon getötet, Journalisten ermordet, die über die Invasion berichteten und über eine Million Menschen aus ihren Häusern vertrieben - etwa jeder

liche Menschen, die sich organisierten, um die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Es entstanden schnelle Aktionsnetzwerke in den Stadtvierteln. Die Menschen bliesen auf Trillerpfeifen, um ihre Nachbarn zu warnen. Tägliche Demonstrationen umzingelten das Regierungsgelände, in dem die Inhaftierten festgehalten wurden. Und die Menschen in Minneapolis organisierten zwei Aktionstage unter dem Motto „Keine Arbeit, keine

»» Die Proteste haben uns einmal mehr gezeigt, dass es Millionen von uns gibt, die sich gegen die Angriffe und den Krieg des Trump-Regimes stellen. ««

Vierte ist auf der Flucht. (...)

Angesichts einer Regierung, die die Interessen von Kriegsprofiteuren und Milliardären über unser Leben stellt, sind die „No Kings!“-Proteste ein wichtiger Schritt, der aufzeigt, wo unsere Macht liegt und wohin wir schauen müssen, wenn wir diese Situation ändern wollen. Die Proteste haben uns einmal mehr gezeigt, dass es Millionen von uns gibt, die sich gegen die Angriffe und den Krieg des Trump-Regimes stellen. Diese Proteste geben uns die Möglichkeit, unsere Wut zum Ausdruck zu bringen und zu sehen, dass wir nicht allein sind. Aber wir wissen auch, dass sie nicht ausreichen.

Wir dürfen die Lehren aus der Gegenwehr gegen die Einwanderungsbehörde ICE in Minneapolis nicht vergessen. Es waren nicht Politiker der Demokratischen Partei, die sich in Minneapolis der ICE entgegenstellten - es waren gewöhn-

Schule, kein Business as usual“, um ihre Stadt lahmzulegen. Der anhaltende Druck einer organisierten Gemeinschaft zwang diese Regierung, den Großteil ihrer Kräfte abzuziehen. So kann unsere Macht aussehen, wenn wir uns gegen diese Kriege und alle Angriffe wehren, denen wir ausgesetzt sind - aber nur, wenn wir uns organisieren, um diese Macht einzusetzen. (...)

Gekürzte Fassung des Artikels „After No Kings Day, It's Up to Us What comes next!“ der US-amerikanischen sozialistischen Gruppe Speak Out Now vom 30.03.2026

Full article in english



Die USA erwürgen Kuba, den „ewigen Feind“ des US-Imperialismus

Kuba ist ein Land, auf das oft mit unterschiedlichsten Emotionen geschaut wird. Die einen sehen es als letzte Bastion des Sozialismus, andere als entartete Diktatur. In jeden Fall leidet seine Bevölkerung seit Jahrzehnten unter einer US-Wirtschaftsblockade, die nun ein neues Ausmaß angenommen hat. Am 29 Januar erließ Donald Trump eine Verordnung mit dem Titel „Bekämpfung der Bedrohung der Vereinigten Staaten durch die Regierung Kubas“.

Die Verordnung droht jedem Land, das Kuba mit Öl versorgt, mit massiven Zöllen.

Jahrzehnte unter imperialistischer Blockade

Die Handelsblockade, welche die USA gegen den vor ihren Toren liegenden Inselstaat Kuba verhängt hat, ist eine der längsten und härtesten der Geschichte. Sie existiert schon seit 1960, als Fidel Castro und die neu herrschende Kom-



mit weitreichenden US-Sanktionen. Eine Drohung, die wirkt: Länder wie Mexiko lassen ihre Tanker nicht mehr auslaufen. Südamerikanische Länder werden außerdem unter Druck gesetzt; ihre Kooperationen mit Kuba im Gesundheitswesen zu beenden. Kuba ist bekannt für die gute Ausbildung seiner

von den ständigen schweren Umweltkatastrophen der letzten Jahre erholt hat.

Unsere internationale Solidarität gegen ihren Imperialismus

Welche Bedrohung stellt Kuba, eine kleine Insel mit etwa 10 Millionen Einwohnern, für die USA dar? Weil es ein Vorbild sein kann! Seit Fidel Castros kleine Gruppe 1959 die von den USA unterstützte Diktatur von Fulgencio Batista stürzte, ist Kuba ein Hauptziel der Feindseligkeit der USA. Das Castro-Regime führte eine Landreform durch, verstaatlichte die Zuckerindustrie und vertrieb die Mafia, die bis dahin Teil der US-Dominanz auf der Insel war. Es investierte auch enorme Ressourcen in Sozialprogramme.

Wenn Trump nun alles daran setzt, die kubanische Wirtschaft zu erwürgen, dann hat das nichts mit „Bedrohung der USA“ zu tun. Das ist eine der vielen Lügen der US-Regierung. Die brutale imperialistische Politik der USA und ihrer Handlanger hat nur ein Ziel: Den abtrünnigen Inselstaat politischen wieder auf ihren Kurs zu bringen, sodass man ihn ungestört ausbeuten kann. Das Schicksal der Bevölkerung ist nebensächlich.

Das System, gewaltsam ein Volk zu unterwerfen und auszuhungern, ist daselbe, das sich gegen die Palästinenser:innen, die Venezolaner und die Iraner:innen richtet. Gegen den Imperialismus und für die Befreiung des kubanischen Volkes gibt es nur ein Mittel: Schluss mit der Blockade Kubas! Internationale Solidarität aller Unterdrückten! ■

Jonas Schmidt, Mannheim.

» Die brutale imperialistische Politik der USA und ihrer Handlanger hat nur ein Ziel: Den abtrünnigen Inselstaat politisch wieder auf ihren Kurs zu bringen. «

unistische Partei Kubas nach der kubanische Revolution begonnen haben, US-Firmen zu verstaatlichen und das Land wirtschaftlich wie politisch nah an die Sowjetunion heranzuführen.

Zusätzlich zu diese Blockade haben die USA in der Karibik eine enorm große Militärmacht aufgeföhren. Jederzeit sind sie zu militärischen Angriffen in der Lage.

Trump hatte nach seinem Überfall auf Venezuela Anfang Januar 2026 schon angekündigt, härter gegen Kuba vorzugehen. Und sein Schlag ließ nicht lange auf sich warten: Nachdem die USA Venezuelas Ölindustrie unter ihre Kontrolle gebracht hatte, wurde jeglicher Export an Kuba gestoppt. Ein schwerer Schlag für die Inselnation. Kuba hat zwar selbst Öl und verarbeitet es auch, aber es bezog trotzdem 60% seines Bedarfs aus dem Ausland; zum Großteil aus Venezuela. Zusätzlich droht Trump jedem Staat, der Öl und Treibstoff nach Kuba liefern will,

Ärzt:innen, die in vielen ebenfalls unterdrückten Nationen die Versorgung für die ärmere Bevölkerung sicherstellen und zugleich die Finanzen Kubas aufbessern. Zurückrufen will Trump diese Maßnahmen erst nach „weitreichenden innenpolitischen Veränderungen“ - dass damit eine Beendigung der staatlichen Planwirtschaft und eine Öffnung für amerikanische Investitionen gemeint ist, ist offensichtlich.

Die verschärfte Blockade hat nun in Kuba eine schwerwiegende humanitäre Krise ausgelöst, Energie fehlt überall. Krankenhäuser laufen im Notfallbetrieb und Krankenwagen können nicht fahren, Menschen sterben in den Krankenhäusern wegen des allgemeinen Mangels. Wichtige Exportindustrien liegen still und Haushalte sind viele Stunden oder gar ganze Tage ohne Strom. Flugzeuge können nicht betankt werden, der Tourismus ist schwer getroffen. Hinzu kommt, dass das Land sich noch nicht

Warum ist der Iran nicht demokratisch? Eine kleine Zeitreise durch die letzten 125 Jahre...

Der aktuelle US-Angriff auf den Iran ist nur der jüngste in einer jahrzehntelange Reihe von US-Agressionen gegen dieses Land. Der US-Imperialismus, ob nun unter der Führung der Demokratischen oder der Republikanischen Partei, hat unermüdlich daran gearbeitet den Iran zu beherrschen und seine Ressourcen zu kontrollieren.

Dieser aktuelle Krieg hat nichts mit dem Schutz der USA oder der Verteidigung irgendeines anderen Landes vor dem Iran und seiner angeblichen terroristischen Ideologie oder nuklearen Bedrohung zu tun. Der Krieg hat auch nichts damit zu tun, der iranischen Bevölkerung eine demokratische Zukunft zu ermöglichen. Die Geschichte der imperialistische Aggression gegen den Iran zeigt, worum es wirklich geht—um die riesigen Ölvorkommen des Iran und seine Unabhängigkeit.

lang gleich - die Ölgesellschaft stand in erster Linie unter der Kontrolle des britischen Staates, hielt eine Gewinnbeteiligungsvereinbarung mit dem Iran, in dessen Rahmen sie die Ölförderung, -raffination und den Export vollständig kontrollierte und 50% der Gewinne mit dem Iran teilte. Der Schah von Iran und die iranischen Eliten arbeiteten offensichtlich eng mit den Briten zusammen, um es der AIOC zu ermöglichen, jahrzehntelang von der Konzession zu profitieren, und Wissenschaftler sind sich einig dass die AIOC dem Iran niemals

ner:innen, nicht nur die Ausbeutung der Bodenschätze durch eine imperialistische Macht zu kritisieren, sondern auch die Ausbeutung der iranischen Arbeiter, die diesen immer profitableren Rohstoff förderten und verarbeiteten. Tausende lebten in kaum befestigten Zeltlagern, wurden schlecht bezahlt oder erhielten gar keinen Lohn und wurden von weißen Vertretern des Unternehmens sowie britischen Beamten vollständig ausgegrenzt und rassistisch misshandelt. In den 1920er Jahren begannen die Arbeiter, sich zu organisieren, einige in leinen Arbeiterorganisationen, andere um eine illegale Kommunistische Partei, aus der später die Tudeh-Partei hervorging. 1929 und erneut 1946 erschütterten große Streiks den Betrieb der Ölgesellschaft, und diese Streiks weiteten sich zu größeren Generalstreiks aus, die zahlreiche Arbeitsplätze und Industriezweige im gesamten Iran betrafen.

» Die Geschichte der imperialistischen Aggression gegen den Iran zeigt, worum es wirklich geht - um die riesigen Ölvorkommen des Iran und seine Unabhängigkeit. «

Das Öl und Großbritannien

Im Jahr 1901 unterzeichnete der Schah (König) von Persien ein Abkommen, bekannt als die D'Arcy-Konzession, das einem in Australien geborenen britischen Rohstoffsucher das Recht einräumte, für die nächsten 60 Jahre Öl zu fördern. Obwohl das Land Persien seit 1935 Iran heißt und obwohl die Bedingungen der Konzession im Laufe der Jahrzehnte geändert und überarbeitet wurden, leitete diese Konzession von 1901 eine lange und leidvolle Beziehung zwischen dem Iran und Großbritannien ein.

Nach einer bedeutenden Ölentdeckung im Jahr 1908 wurde die Anglo-Persian Oil Company gegründet. Später änderte sie ihren Namen in Anglo-Iranian Oil Company (AIOC), und noch etwas später entstand daraus der Ölkonzern BP, den wir heute kennen. Trotz der Namensänderungen blieb seine Rolle fast 80 Jahre

auch nur annähernd die vereinbarten 50% der Einnahmen zukommen ließ.

In diesen ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts wurde die AIOC zu einer Art Staat im iranischen Staat. Sie besaß Land, betrieb Raffinerien im ganzen Staat, wurde vollständig von britischen Ingenieuren und Managern geleitet und beschäftigte etwa 60.000 Iraner:innen, ganz zu schweigen von Zehntausenden anderen, deren Arbeit indirekt von der Ölindustrie abhing. Der Großteil der Gewinne floss an den weit entfernten britischen Staat und die vielen Investoren des Konzerns.

Wie in vielen anderen kolonialen und imperialistischen Verhältnissen begannen die Ira-

Die Entwicklung einer großen und sich



organisierenden iranischen Arbeiter:innenklasse, verbunden mit einer wachsenden Ablehnung gegenüber der AIOC und dem britischen Imperialismus, führte langsam zum Aufkeimen politischer Bewegungen, die darauf abzielten, den britischen Einfluss in Frage zu stellen und ein gewisses Maß an iranischer Souveränität zurückzugewinnen.

1953: Staatsreich gegen Mohammad Mossadegh

In den späten 1940er Jahren wurde ein intellektueller Reformier, Mohammad Mossadegh, zum Anführer einer Bewegung, die die konstitutionelle Monarchie des Schah in Frage stellte und freie Wahlen sowie die iranische Kontrolle über die Ölförderung und die Gewinne forderte. Zwischen 1945 und 1951 war Mossadegh ein aufstrebender Politiker, der von einer Handvoll linker und nationalistischer politischer Organisationen unterstützt wurde, darunter zumindest teilweise auch von der mit der Sowjetunion verbundenen „kommunistischen“ Tudeh-Partei. 1949 schlossen sich diese Grup-

gewählt zu werden. Sofort nach seiner Wahl und mit breiter Unterstützung der Bevölkerung legte er Vorschläge für Reformen des Wahlsystems und der Verstaatlichung der britischen Ölgesellschaft AIOC vor.

19. August 1953

Die Vereinigten Staaten organisierten mit Hilfe des britischen Geheimdienstes ein Staatsreich, um die demokratisch gewählte parlamentarische Regierung von Mohammad Mossadegh zu stürzen.

Der Sturz des gewählten Premierministers durch die USA und Großbritannien war die Antwort auf die ersten Schritte der gewählten iranischen Regierung, die Kontrolle über das iranische Öl zu bekommen, das jahrzehntelang von internationalen Ölkonzernen ausgebeutet worden war. Der Putsch gegen den gewählten Premierminister war ein unverhohlenes Machtspiel, um die Kontrolle über das iranische Öl zu behalten und das iranische Volk daran zu hindern, es zur Entwicklung des eigenen Landes zu

Islamist:innen. Unterdessen profitierte die Regierung des Schahs von den boomenden Ölpreisen. Die Ungleichheit im Iran stieg sprunghaft an, und der Groll gegen den Schah und seine Handlanger wuchs.

1978: Massenaufstände

1978 brach die unter der Oberfläche der iranischen Gesellschaft schwelende Wut offen aus. Es kam zu weitreichenden Protesten gegen den Schah. An den Protesten beteiligte sich ein breites Spektrum von gesellschaftlichen Kräften, darunter Arbeiter:innen, Studierende und Arbeitslose. Die Demonstrant:innen wurden von unterschiedlichen Bewegungen angetrieben: einige waren linksgerichtet, andere religiös, und viele hatten keinen anderen Antrieb als den Hass auf das Regime.

8. September 1978:

„Schwarzer Freitag“

Die Sicherheitskräfte des Schahs töteten Hunderte von Demonstrant:innen in der Hauptstadt Teheran und leiteten damit eine lange Phase blutiger Unterdrückung ein. Welle um Welle marschierten Demonstrant:innen unaufhaltsam auf die Waffen des Militärs zu, bis die Soldaten selbst zusammenbrachen, da sie nicht bereit waren, ihre Brüder und Schwestern zu töten, um das Regime zu schützen. Eine Revolution hatte begonnen. ■

Am Ende dieser Revolution konnten sich die Kräfte hinter Ayatollah Khomeini, welcher mit Hilfe der USA aus seinem Pariser Exil in den Iran gelangte, durchsetzen und im April 1979 die Islamische Republik ausrufen. Den gesamten Artikel könnt ihr auf unserer Website lesen.

Sabine Müller, Berlin



»» Der Sturz des gewählten Premierministers durch die USA und Großbritannien war die Antwort auf die ersten Schritte der gewählten iranischen Regierung, die Kontrolle über das iranische Öl zu bekommen. ««

pen zu einer Allianz namens „Nationale Front“ zusammen und wurden zum Instrument, welche Mossadegh unterstützte und die britischen imperialen Interessen, sowie den Schah, der zu deren Aufrechterhaltung beitrug, herausforderte.

Im Jahr 1951 spitzten sich durch einen weiteren Streik der Ölarbeiter die Spannungen zwischen den Arbeiter:innen, dem politischen System sowie den Briten und der AIOC zu. Nach zwei Wochen beendeten die 50.000 oder mehr Streikenden den Streik mit besseren Löhnen und einer Vereinbarung über Wohn- und Lebensbedingungen. Doch der Konflikt verschaffte Mossadegh auch genau den politischen Rückenwind, den er braucht, um zum Premierminister der Regierung

nutzen. Dieser Putsch von westlichen Großmächten blockierte eine demokratische und gewisse selbstbestimmte Entwicklung im Iran und hatte Folgen für die Entwicklung des Irans der nächsten Jahrzehnte.

1953-1979: Die Herrschaft des Schahs von Iran

Die USA und Großbritannien ersetzten Mossadeghs parlamentarische Regierung durch die Wiederherstellung der Monarchie unter der Herrschaft des Schahs. Mit Hilfe der USA und Israels errichtete der Schah einen brutalen Polizeistaat, der jegliche Opposition unterdrückte. Die Geheimpolizei SAVAK inhaftierte oder tötete alle Regimegegner, von Liberalen über Kommunist:innen und Gewerkschafter:innen bis hin zu

Eine revolutionäre Stimme aus dem Iran

Während ein Teil der iranischen Opposition, nicht nur im Exil, den Krieg der USA und Israel als „hilfreich“ gegen das Regime ansehen, gibt es andererseits Linke, die den „antiimperialistischen“ Schultrerschluss mit der iranischen Diktatur suchen. Wir dokumentieren, aus Platzgründen gekürzt, eine Stellungnahme von revolutionären Arbeitenden aus Irans Öl-Provinz Chuzestan, die beiden falschen Alternativen eine Absage erteilt.

Vollständiger Text auf Englisch unter <https://shahrokhzamani.com/2026/03/13/vanguard-worker-no100/>

[...] Es ist absolut klar, dass amerikanischen Kapitalist:innen und Politiker:innen und die Islamische Republik diesen Krieg begonnen haben, doch wir, die Arbeiter:innen und das hart arbeitende Volk, zahlen den Preis dafür [...] Auf der einen Seite bombardieren uns Amerika und Israel, und auf der anderen Seite massakrieren die Islamischen Revolutionsgarden und die Basidsch-Milizen uns bei der Arbeit und unsere Kinder auf den Straßen.

[...] Vor zwei Tagen wurden mehrere Nachtschichtarbeiter:innen in der Mehl- und Stärkefabrik im Industriepark Hyderabad Soldoz getötet. Fabriken, Erdöllager, Kraftwerke, Flughäfen, Straßen, Raffinerien und sogar die Häuser gewöhnlicher Menschen sind vor den Bombenangriffen dieser verdammten Leute nicht sicher. Wenn wir uns umschaun, sehen wir, dass die gesamte Infrastruktur zerstört wird.

Doch in einer Situation, in der amerikanische und israelische Kampfflugzeuge unsere Häuser und Leben aus so geringer Höhe bombardieren, haben Leute [Revolutionsgarden und Basidsch] an jeder Straßenecke Kontrollpunkte errichtet und richten die Läufe ihrer schweren Maschinengewehre auf die einfachen Menschen in den Straßen und auf den Märkten, damit sie nichts unternehmen.

[...] Nach dem Tod von Ali Chamenei hat der Wächterrat dessen Sohn Modschtaba

Chamenei zu seinem Nachfolger ernannt, um den Weg seines Vaters fortzusetzen. Wir Arbeitenden erklären [...], dass wir diesen unbekanntem „Führer“ [...] nicht akzeptieren und glauben, dass Führer der Arbeiter:innen und der hart arbeitenden Menschen von uns und aus den Reihen der Arbeitenden gewählt werden müssen, nicht von oben und durch

setzt, und es gibt keinen Schutz und keinen Unterschlupf, um unser Leben zu retten. Diese Bedingungen erfordern, dass wir, wann immer wir können und es möglich ist, die Kontrolle über unsere Fabrik übernehmen und dass die Verteidigung und der Schutz unserer Leben und der Fabrik in unseren eigenen Händen liegt. Wenn diese Leute keine ande-

»» Wir dürfen nicht zwischen zwei schlechten Optionen wählen: innere Unterdrückung und, noch schlimmer, ausländische Einmischung. ««

interne Konflikte der Regierung. [...]

So wie die Kapitalist:innen und Bosse Parteien und Organisationen haben, um ihre Interessen zu schützen, müssen auch wir unsere eigenen geheimen Zellen und eine Avantgarde-Partei haben. [...] Unser Bollwerk ist unsere eigene Organisation. Wir müssen damit beginnen, unsere eigenen Zelle aufzubauen und unser eigenes Führungs- und Kommandozentrum zu bilden!

Unsere Bollwerke sind unsere Fabriken und Arbeitsplätze. Unser Ziel ist die Befreiung der Arbeiter:innen und die Machtübernahme der Arbeiter:innenklasse sowie eine Arbeiterregierung und diese Ziele erreichen sich nicht von selbst. Wir müssen daran arbeiten sie zu erreichen, auf uns selbst vertrauen und unsere Aktivitäten am Arbeitsplatz fortsetzen. [...]

Jeden Tag, während wir in den Fabriken arbeiten, sind wir der Gefahr von Bombenangriffen und Tod ausge-

ren Motive haben und wirklich ehrlich sind, warum bewaffnen sie dann nicht die Arbeitenden und das Volk? [...]

Wir dürfen nicht [...] zwischen zwei schlechten Optionen wählen: innere Unterdrückung und, noch schlimmer, ausländische Einmischung. Es gibt immer eine dritte Wahl, eine dritte Kraft, die aus uns allen zusammen mit den übrigen Unterdrückten und hart arbeitenden Schichten des Landes besteht. Die Erfahrung hat gezeigt, dass nur eine solche Kraft die Gesellschaft zu Freiheit, Gleichheit sowie wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit führen kann.

Der Weg zur Rettung des Iran wird von den aktivistischen Avantgarde-Arbeiter:innen auf der Grundlage eines Systems von Arbeiter:innenräten und der Achtung der Rechte aller ethnischen Gruppen und Nationalitäten geebnet werden. [...]

Flugschrift der Zelle der Sozialistischen Arbeiter:innen-Avantgarde Chuzestans
12 März 2026



Lehrer:innen gegen das Kopftuchverbot

Die Koalitionsregierung aus ÖVP, SPÖ und NEOS hat ein Verbot des Tragens eines Kopftuchs, das „das Haupt nach islamischen Traditionen verhüllt“, an Schulen für unter 14-jährige Mädchen beschlossen. Dieses tritt mit dem neuen Schuljahr ab September 2026 in Kraft. Im Interview erzählt Sarah, Lehrerin und Aktivistin bei LINKS Wien und „Schule brennt“, über die Hintergründe und den Widerstand dagegen.

Die Regierung spricht von Schutz und Gleichberechtigung. Wie siehst du das?

Ich sehe darin eine vorgeschobene Argumentation. Begriffe wie Kinderschutz oder Feminismus werden hier genutzt, um Eingriffe in Grundrechte zu legitimieren. Für mich ist das problematisch, weil ich sehe, dass genau die Kinder, die angeblich geschützt werden sollen, in Wirklichkeit stärker unter Druck geraten. Und gleichzeitig sind Beratungs-

ben. Das Gesetz basiert auf einem sehr rassistischen Bild vom Islam und von muslimischen Familien, das ich so in meinem Schulalltag nicht wiederfinde. Es gibt keine belastbaren Zahlen dazu, dass Mädchen systematisch zum Tragen des Kopftuchs gezwungen werden, es wird vielmehr mit erfundenen Zahlen argumentiert. Wir sollen den Kindern demokratische Werte vermitteln, während gleichzeitig genau diese angegriffen werden.

Bildungssystem ungelöst: zu große Klassen, zu wenig Personal, zu wenig Ressourcen. Es wird jedoch Geld und Zeit in ein Gesetz gesteckt, das unseren Schulalltag erschwert und nicht erleichtert. Wir sollen zu einer rassistischen Hilfspolizei für die Regierung werden. Gleichzeitig werden Lehrpersonen eingeschüchtert. Die Bildungsdirektion droht in einem aktuellen Rundschreiben mit Disziplinarverfahren und strafrechtlichen Konsequenzen, wenn Lehrer:innen sich nicht an das Gesetz halten. Für uns Lehrpersonen bedeutet das zusätzlichen Druck. Viele sind jetzt schon überlastet, und solche Maßnahmen verschärfen die Situation weiter. Ich sehe die Gefahr, dass noch mehr Kolleg:innen frustriert sind oder den Beruf verlassen.

» Wir sollen zu einer rassistischen Hilfspolizei für die Regierung werden. Gleichzeitig werden Lehrpersonen eingeschüchtert und die eigentlichen Probleme im Bildungssystem bleiben ungelöst «



und Unterstützungseinrichtungen für Mädchen und Frauen sowie Frauenhäuser stark unterfinanziert und es kommt zu Kürzungen. Seit Jahren wird über den Ausbau von sozialarbeiterischer und psychologischer Unterstützung an Schulen gesprochen, aber es passiert nichts. Es geht also nicht um Unterstützung, sondern um Kontrolle. Schon 2020 wurde ein ähnliches Gesetz wegen seines diskriminierenden Charakters aufgehoben.

Die Regierung beschließt am laufenden Band Angriffe und Kürzungen. Wie betrifft euch das?

Wir sehen steigende Abschiebungen, Einschränkungen beim Familiennachzug und Diskussionen über reduzierte Gesundheitsversorgung für Geflüchtete sowie massive Sozialkürzungen und Sparpakete. Gleichzeitig gehen die Preise für Wohnen und Lebensmittel durch die Decke. Diese politischen Entscheidungen wirken sich direkt auf meine Schüler:innen und ihre Familien aus – und damit auch auf das Klima in der Schule. Auch als Lehrer:innen sind wir betroffen, unser Gehaltsabschluss wurde wegen des Sparpakets neu verhandelt. Jetzt gibt es über drei Jahre durchschnittlich ca. 1,5% Plus, also massive Reallohnverluste.

Welche konkreten Folgen erwartest du an Schulen und für euch als Lehrpersonen?

Die Beziehung zwischen Lehrpersonen und Schüler:innen wird belastet, weil Vertrauen verloren geht. Gleichzeitig bleiben die eigentlichen Probleme im

Du bist bei der Initiative „Schule brennt“ aktiv. Was plant ihr an Widerstand?

Es gibt bereits Widerstand, und ich finde das extrem wichtig. Wir hoffen nicht nur darauf, dass der Verfassungsgerichtshof das Gesetz kippt, sondern organisieren uns aktiv. Initiativen wie „Schule brennt“ organisieren Proteste und versuchen, Schulen zu Orten zu machen, an denen dieses Gesetz nicht umgesetzt – also boykottiert – wird. „Schule brennt“ baut eine kämpferische Vernetzung von Lehrer:innen auf, die auch versucht, auf die Gewerkschaft einzuwirken. Einzelne Personalvertreter:innen, die bei uns aktiv sind, haben auch schon öffentliche Statements gegen das Gesetz abgegeben. Geplant sind weitere Demonstrationen, wie schon im Februar, und auch noch mehr Workshops für Lehrpersonen, damit wir wissen, wie wir mit der Situation umgehen können. Neben dem Boykott wird es wichtig sein, Eltern und Schüler:innen zu aktivieren und Bündnisse zu schmieden. ■

Johannes Wolf, Wien

Repression gegen Antifaschismus liegt im Trend

Einhergehend mit der Verschiebung der Öffentlichkeit nach rechts, nimmt die Repression und ihre Willkürlichkeit gegen Linke immer weiter zu. Zuletzt erregten die Hausdurchsuchungen in Bezug auf den Stromausfall in Berlin die Aufmerksamkeit. Antifa-Ost, Ulm5, Budapest-Komplex, um nur ein paar Verfahren zu nennen, mit denen man sich aktuell beschäftigen kann. Ganz zu schweigen von all jenen Verfahren, die nicht durch die Presse gehen, aber einzelne Aktivist:innen durch hohe Geld- oder Haftstrafen außer Gefecht setzen. Ob antifaschistischer oder palästinasolidarischer Protest, jede:r Aktivist:in kennt Aktivist:innen, die aktuell von Repression betroffen sind.

Gesetze und Menschen brechen

Mittels medial großen Prozessen werden Exempel statuiert, die für die Einzelnen und ihre Umfeldler tragisch sind, wie im Fall von Maja T.

Maja soll im Februar 2023 am „Tag der Ehre“ in Budapest an Angriffen auf Nazis beteiligt gewesen sein. Während ungarische Medien von Angriffen auf „Musiker“, „Passanten“ und „Touristen“ berichteten, handelt es sich bei den vermeintlichen Opfern um stramme Neonazis: Ein ungarischer Blood&Honour-Rocker mit 88 auf der Brust, ein nieder-sächsischer Thai-Boxer, der laut eigenen Aussagen froh ist, in Budapest noch Nationalist sein zu dürfen, drei polnische Rechts-Nationalist:innen der Partei „Ruch Narodowy“ und einer der Organi-

satoren des Tags der Ehre, dessen Organisation 2019 das jüdische Gemeindezentrum Budapests verwüstete.

Maja war im Dezember 2023 in Berlin verhaftet worden und saß seitdem in Untersuchungshaft. Ungarn hat die Auslieferung für den Strafprozess verlangt. Der deutsche Staat war hilfsbereit. Kaum vorstellbar, was es bedeutet, der Justiz in einem rechtsextrem regierten Land, in dem du als nicht-binäre Person nicht existieren darfst, rechtswidrig ausgeliefert zu sein. Ungarn hat die Binarität der Geschlechter 2025 offiziell in der Verfassung festgeschrieben.

Dennoch wurde Maja im Juni 2024 in einer Nacht-und-Nebel-Aktion von den deutschen Behörden nach Ungarn überstellt, obwohl die Anwälte bereits ange-

kündigt hatten gegen die gerichtliche Entscheidung zur Auslieferung zu klagen. Als das Bundesverfassungsgericht nach dem Eilantrag der Verteidigung bereits am Morgen nach dem ersten Entscheid die Auslieferung vorerst untersagte, war Maja bereits in Ungarn angekommen und konnte seitdem nicht zurückgeholt werden. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte im Februar letzten Jahres, dass die Auslieferung rechtswidrig war, da die Haftbedingungen insbesondere einer nicht-binären Person nicht ausreichend geklärt waren. Ein rechtsstaatlicher Skandal, der zeigt: Das Gesetz ist flexi-

bel und wird es wieder sein. Mittlerweile ist Maja in Budapest zu 8 Jahren Haft im Zuchthaus verurteilt, was gegenüber der Gefängnishaft strengere Haftbedingungen bedeutet. Die Staatsanwaltschaft hatte 24 Jahre gefordert, die Verteidigung Freispruch. Beide haben Berufung eingelegt, was von Maja mutig und Ausdruck von Kampfgeist ist, da sich der Antrag auf Rücküberstellung zur Haftvollstreckung in Deutschland aufschiebt, solange es kein rechtskräftiges Urteil gibt. In Ungarn befindet sich Maja in Isolationshaft, 23 Stunden täglich in der Zelle, anfangs noch durchgängig kameraüberwacht, eine Stunde Freigang in einem Käfig im Hof, um nur ein paar der schlechten Haftbedingungen zu nennen. Im Juni 2025 trat Maja für 40 Tage in den Hungerstreik, um das Ende der Isolationshaft zu erwirken, was nicht gelang.

Weiterer Prozess im „Budapest-Komplex“ in Düsseldorf

Das erste Urteil im deutschen Budapest-Komplex Verfahren war bereits letzten September in München gegen Hanna S. verkündet worden. Sie wurde in einem reinen Indizienprozess, also ohne DNA-Nachweise, zu fünf Jahren Haft für gefährliche Körperverletzung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verurteilt. Versuchten Mord sah das Gericht nicht vorliegen. Seit Januar dieses Jahres stehen im Budapest-Komplex im Hochsicherheitssaal in Düsseldorf-Hamm sechs weitere Antifas vor Gericht. Sie sollen ebenfalls 2023 an den Angriffen auf Nazis beteiligt gewesen sein. Sieben Antifaschist:innen hatten sich nämlich Anfang 2025 nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur rechtswidrigen Auslieferung Majas freiwillig an verschiedenen Orten den Behörden gestellt. Sie hatten über ihre Anwälte



bereits zuvor die Bereitschaft geäußert sich zu stellen, wenn garantiert wäre, dass keine Auslieferung nach Ungarn erfolgt. Ihnen wird schwere Körperverletzung, versuchter Mord und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen.

Der siebte, der sich der Polizei gestellt hatte, ist Zaid S. Er hat keinen deutschen Pass, wodurch für ihn die Gefahr der Auslieferung nach Ungarn weiter be-

cherweise richtet sich der Ort der Verhandlung nach der Meldeadresse der Angeklagten, was in diesem Fall in der Mehrheit im Osten Deutschlands zu verorten wäre. Die Konsequenz für die Angeklagten: Kein oder kaum direktes Umfeld vor Ort, das solidarisch unterstützt und ein großes Erschwernis für Freund:innen und Familie dem Prozess regelmäßig beizuwohnen.

milienhaus in Solingen, bei dem eine vierköpfige Familie starb, wurde die rechte Gesinnung des verurteilten Täters in der Berichterstattung kaum erwähnt. Ebenso verschwand der Vermerk „rechtsmotiviert“ aus dem ersten polizeilichen Gutachten. Führen wir uns vor Augen, wie die Körperverletzung einiger gewaltbereiter Neonazis öffentlich gehandelt und aufgebauscht wird, während die Ermordung einer unschuldigen Familie mit Migrationsgeschichte und der versuchten Tötung weiterer Familien durch einen Brandanschlag öffentlich kaum als rechtsextreme Tat besprochen wird.

» Es geht darum, „linke“ Ideen zu diskreditieren und Aktivist:innen öffentlich zu brandmarken. Das soll eine Entsolidarisierung in der Bevölkerung und eine Distanzierung von „linken“ Ideen bringen«

stand. Er wurde zunächst haftverschont und hat sich dann in Frankreich erneut den Behörden gestellt, weil dort ein anderer Beschuldigter der Übergriffe mit albanischem Pass bereits von der Auslieferung verschont blieb. Dass das Verfahren in Düsseldorf geführt wird, hängt wohl mit dem logistischen Aufwand für diesen Großprozess zusammen. Zwei Mal wöchentlich müssen die Angeklagten für die bereits bis 2027 angesetzten Gerichtstermine aus sechs verschiedenen Gefängnissen, verteilt über Deutschland zum Gericht gebracht werden. Übli-

Öffentliche Stimmungsmache

Noch bevor die deutschen Behörden die Fahndung nach den in Budapest gesuchten Deutschen begannen, veröffentlichte die Bild-Zeitung bereits im Juni 2023 Namen mit Fotos. Während die „Tagesschau“ in jeder Berichterstattung hierzu, meist schon im Titel betont, dass es um Linksextremisten ginge, müssen Opfer rechter Gewalt darum kämpfen, dass die Gewalt, die sie erfahren haben, als rassistisch motiviert anerkannt wird. Ein aktuelles Beispiel: Im Fall des Brandanschlags im März 2024 auf ein Mehrfa-

Wozu das Ganze? Um eine öffentliche Stimmung gegen links aufzubauen und zu verschärfen, um schlussendlich eine Aufrüstung nach Innen rechtfertigen zu können. Es geht darum, „linke“ Ideen zu diskreditieren und Aktivist:innen öffentlich zu brandmarken. Das soll eine Entsolidarisierung in der Bevölkerung und eine Distanzierung von „linken“ Ideen bringen. So reiht sich das Budapest-Verfahren ein in das Antifa-Ost-Verfahren, den Umgang mit dem Stromausfall in Berlin, die Aberkennung des Buchpreises, das Austreten von Polizeigewalt auf Demos, die Kriminalisierung von Palästina-Solidarität, Wiedereinführung von Regelanfragen beim Verfassungsschutz und Berufsverbote

Stellvertretende Daumenschrauben

Einzelnen von uns wird vom Staat mit einer Prise Willkür das Leben verdammt schwer gemacht. Aber Wirkung hat es auf uns alle: Dass die Berichte und Erfahrungen von Repression, polizeilicher Gewalt und Willkür beängstigend sind, ist nicht zu leugnen, ebenso, wie sie wütend machen. Über beides muss gesprochen werden, denn in der Gemeinschaft ■ liegt unsere Stärke. Der Druck steigt, mehr Kräfte werden in Solidaritäts- und Anti-Repressionsarbeit gebunden, obwohl die Weltlage nach mehr Kräften denn je verlangt.

*Sabine Müller, Berlin
Roberta Moriam, Düsseldorf*



Wie weiter mit dem Schulstreik gegen Wehrpflicht

Wie ist der 05.03.26 zu bewerten? Was können wir vom Streik der Schüler:innen lernen? Können wir daraus eine Perspektive entwickeln, die über die Veränderung eines Gesetzes hinaus geht und unser ganzes Leben verbessert? Wir können schon sagen, dass es ein Erfolg war. An einigen Orten waren die Demos kleiner als am 05.12.25., aber insgesamt waren es wieder Zehntausende Schüler:innen die bundesweit auf die Straße gingen. Es war die Rede von insgesamt 50.000!



Das ist insofern ein Erfolg, als es dieses Mal, anders als am 05.12.25, keinen richtigen Anlass gab. Das Gesetz ist am 5.12. verabschiedet worden, also konnte man sich diesmal fragen, nutzt es überhaupt noch etwas, auf die Straße zu gehen?

Wir denken, wir können sagen: Ja, es nutzt sehr viel!

Die Bewegungen der Jugend hat die Möglichkeit viel zu bewegen.

Um das zu verdeutlichen, will ich kurz auf zwei Beispiele von früheren Jugendbewegungen eingehen.

Die Klimabewegung mit Fridays for Future zum Beispiel: Als 2019 monatelang jeden Freitag Zehntausende bundesweit auf den Straßen waren, hat das zwar den Klimawandel nicht aufhalten können, aber es war eine langanhaltende Massenbewegung, die eine ganze Generation von Schüler:innen politisiert hat und das Thema des Klimawandels ins öffentliche Bewusstsein geholt hat.

Auch gegen schon beschlossene Gesetze gab es in der Vergangenheit erfolgreiche Mobilisierungen. In den 2000er Jahren gab es in verschiedenen Bundesländern Versuche, Studiengebühren einzuführen

und große studentische Proteste dagegen. Im CDU-regierten Hessen hatte der Landtag im Herbst 2006 Studiengebühren beschlossen. Die großen Studien-Proteste hatten vermutlich einen Anteil daran, dass die CDU die nächsten Wahlen verlor und die Studiengebühren wieder gekippt wurden.

In Deutschland ist der Schüler:innenstreik jetzt bereits ein bundesweites Phänomen, mit dem Potential, noch größer zu werden und sich auch mit anderen Kämpfen bzw. kämpfenden Gruppen der Arbeiter:innenklasse zu vernetzen und zu verbünden.

Es ist entscheidend, dass vor Ort auf lokaler Ebene Strukturen aufgebaut werden. Viele Schüler:innen, die beim Streik waren oder sich dafür interessieren, sind noch vereinzelt und nicht ausreichend in Strukturen organisiert, die ihrem Kampf eine Reichweite verleihen. Vielen fehlt es an Wissen zu politischen Strukturen und der Möglichkeit des sozialen und revolutionären Kampfes. Wir werden einen langen Atem brauchen. Aber es braucht nur Schüler:innen, die etwas tun wollen, die sich mit anderen aus ihrer Schule vernetzen, um ein Schulkomitee zu bilden, das Aktionen und weitere Streiks auf Ebene der Schule organisiert. An manchen Schulen kann man auch die Strukturen der Schüler:innenvertretung nutzen.

Eine weitere Idee ist es, sich mit Lehrer:innen und Erzieher:innen zu verbinden, die auch Streiken können. Schüler:innen können den Streik auch in die Uni tragen oder sich dort mit anderen Studierenden vernetzen. Eltern können ein wichtiger Bündnispartner an den Schulen für die Schüler:innen im Streik sein. Vielleicht sind die Eltern ja selbst in der Gewerkschaft und Streiken für bessere Löhne, wie die Kolleg:innen der BVG oder der BSR in Berlin?!

Man kann auch überlegen, sich mit anderen antimilitaristischen Bündnissen, beispielsweise „Rheinmetall entwaffnen“ zusammenzuschließen. Das tritt ein für ein Ende der Ausbeutung von Arbeitskraft für Kriegswaffen und Profite der Bosse in der Rüstungsindustrie.

Es gibt ja schon eine bundesweite Vernetzung, das nächste Treffen soll am 18.04.26 in Essen stattfinden.

Wir als revolutionäre Gruppe können die Schüler:innen unterstützen. Wir haben bereits einige Erfahrungen in Streiks und Bewegungen gemacht und können mit Rat unterstützen, sowie mit praktischer Hilfe wie z.B. dem Finden von Ideen, Räumen, Plakate und Flyer drucken, verteilen und vieles mehr. Wir können den Kampf gegen die Wehrpflicht auf eine weitere Ebene heben und mit anderen Themen verknüpfen. Wir können mit den Schüler:innen zum gemeinsamen Kampf gegen die herrschende, kapitalistische Gesellschaftsordnung aufrufen.

Wir können unsere Kämpfe verbinden!

Wenn wir zusammen kämpfen, können wir den Druck von allen Seiten auf die Kapitalist:innen erhöhen. Wir sind alle betroffen von den Maßnahmen, die die herrschende Klasse unternimmt, um die Arbeiter:innenklasse für ihren Krieg und für ihre Profite zu benutzen. Krieg bestimmt unser Leben, jetzt und in Zukunft und das nicht nur an der Front.

Wollen wir eingreifen, mitbestimmen und sie aufhalten? Wollen wir für eine Zukunft in Frieden die Revolution vorbereiten?

Am 08.05.26 ist wieder Streik! Wir wollen zusammen hingehen! ■

Nora Refuse, Berlin

Ein März voller Wahlen

Im März wurde viel gewählt, unter anderem der Landtag in Baden-Württemberg (BaWü) und Rheinland-Pfalz (RLP). Um Inhalte ging es wenig und auch die Ergebnisse waren auf den ersten Blick zu erwarten – spannende Erkenntnisse gab es aber trotzdem.

Farbspiel ohne Facetten

Die beiden Bundesländer sind grundverschieden. Während BaWü eines der wirtschaftlich wichtigsten Bundesländer Deutschlands ist und einige wichtige Hochschulstandorte vorweisen kann, ist RLP eine stark agrarisch geprägte Region, die nur 5 Großstädte hat. Zwar liegt mit der BASF in Ludwigshafen der größte zusammenhängende Chemiepark der Welt in der Pfalz, doch von Aufschwung und steigender Lebensqualität spürt man dort schon lange nichts mehr.

In RLP ist meist die SPD an der Macht, in BaWü stellen die (hier sehr konservativen) Grünen seit längerem dem Ministerpräsidenten. Wirkliche Unterschiede können sich zwischen SPD, CDU und Grüne aber in keinem der Länder erkennen lassen. Vor allem die AfD und die Linkspartei wollten bei den Landtagswahlen im März von dieser Situation profitieren — letztere hoffte, erstmals in beide Landtage einzuziehen zu können.

Die Ergebnisse waren wenig aufregend: In BaWü gewannen die Grünen, die CDU hatte sich durch das Verhalten ihres Spitzenkandidaten sehr geschadet. In RLP fuhr die SPD ein historisch schlechtes Ergebnis ein, die CDU gewann die Wahl. Vor allem die AfD gewann stark dazu, gerade in RLP schaffte man es, vie-

le Nichtwähler:innen zu mobilisieren verspricht – wie jetzt bei den Grünen. Als Ergebnis wird die PdL immer weniger SPD abzugreifen. Die Linke hingegen klassenkämpferisch, um sich den Akade-

» Denn die Arbeiter:innenklasse, die eigentlich der Fokus einer sozialistischen Partei sein sollte, wählt ganz anders. Teilweise war die AfD in stark proletarischen und migrantischen Gebieten erfolgreich, wie in Mannheim und Ludwigshafen. «

scheiterte knapp an der 5%-Hürde.

Von grünen Student:innen und blauen Arbeiter:innen

Die Enttäuschung über dieses Ergebnis war gerade bei der Linkspartei groß – zeitweise hoffte man in Umfragen auf 7-8%. Das in Hinblick auf die Prognosen niedrige Ergebnis zwingt aber zu einer tieferen Analyse: Die Partei kommt im studentisch/akademischen Klientel gut an – größtenteils eines, das sich enttäuscht von den Grünen abgewendet hat. Mit sozialen Themen versuchte man, die Interessen dieses Milieu stärker zu bedienen. In RLP klappte das auch sehr gut: Mit 16% wurde man drittstärkste Kraft bei den 18-25-jährigen. In der gleichen Gruppe führte die AfD jedoch die Ergebnisse an (21%). Die Jugend ist perspektivlos – besonders auch in infrastrukturell schwachen Regionen, wie der

miker:innen und Student:innen anzunähern und sie enger an sich zu binden.

Denn die Arbeiter:innenklasse, die eigentlich der Fokus einer sozialistischen Partei sein sollte, wählt ganz anders. Teilweise war die AfD in stark proletarischen und migrantischen Gebieten erfolgreich, wie in Mannheim und Ludwigshafen. Diese Ergebnisse zeigen, dass die Linke es weiterhin nicht schafft, sich als Alternative zum System zu etablieren, im Gegenteil zur AfD – auch, weil die Partei weiter einen streng parlamentaristischen Kurs fährt, der das System stützt.

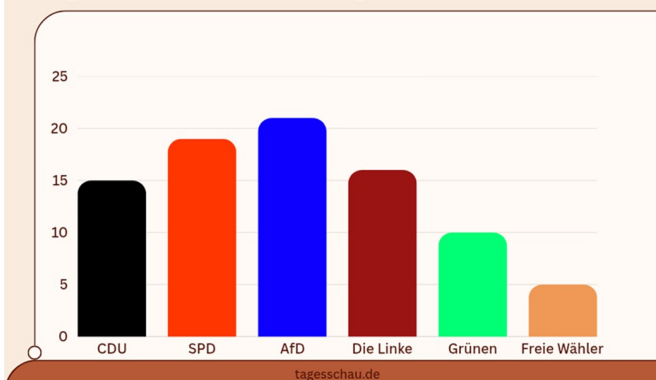
Perspektiven

Zwar ist die Linke in BaWü und RLP auf Grund der Tatsache, dass sie in der außenparlamentarischen Opposition ist, stärker in Bewegungen involviert und aktiver als in anderen Bundesländern. Eine wirkliche Alternative zum bestehenden System ist sie aber nicht. Vielen Arbeiter:innen und armen Menschen reicht es eben nicht, nur gegen steigende Mieten zu kämpfen — sie wollen eine umfassende Veränderung. Rechte Hetze und menschenverachtende Politik haben viele von ihnen in die Arme von Rassist:innen und Faschist:innen gedrängt, doch wirklich umfassende Veränderung kann nur auf der Straße und in den Betrieben erkämpft werden. ■

Jonas Schmidt, Mannheim

Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2026

Ergebnisse 18-25 Jährige



Pfalz. Hier wurde die AfD zum Teil stärkste Kraft. In BaWü wiederum ist das Problem ähnlich: Das studentisch/akademische Milieu ist sehr im Parlamentarismus verhaftet und wird im Zweifel immer eine größere Partei unterstützen, wenn sie Erfolg im Kampf gegen den Konservatismus und Rechtsextremismus

Neue Grundsicherung, neue Kürzungen

Die CDU führt seit der Einführung des Bürgergeldes 2023 eine Hetzkampagne gegen das Bürgergeld und die „faulen Arbeitslosen“, die sich angeblich in der „sozialen Hängematte“ ausruhen. Nun soll endlich eine Reform für mehr „Gerechtigkeit“ kommen. Für Arbeiter:innen und Erwerbslose wird tatsächlich alles nur schlechter.

Die Message der CDU im Wahlkampf letztes Jahr war klar: Deutschland habe zwei große Probleme. Die „irreguläre“ Migration und die angeblich Millionen Totalverweigerer, welche Arbeit kategorisch ablehnen und sich am Buffet des deutschen Sozialstaates bedienen. Die genannten Zahlen waren unterschiedlich, doch die Dimension war klar. Man könnte Milliarden sparen und die Arbeit müsse sich wieder lohnen. Beim jetzigen Gesetzentwurf klingt das schon ein bisschen bescheidener. 86 Millionen pro Jahr will man einsparen. Bei 47 Milliarden Euro, die jährlich für Bürgergeld ausgegeben werden, eine verschwindend kleine Summe.

Die neue Grundsicherung

Tatsächlich war das von der Ampel 2023 eingeführte Bürgergeld keine große Reform. Es gab minimale Verbesserungen, z.B. sollte mehr auf Qualifikation statt auf direkte Vermittlung gesetzt werden. Jetzt soll wieder der Vermittlungsvorrang gelten, also die schnellstmögliche Vermittlung von Arbeitslosen in den nächsten schlechten Mindestlohnjob. Das ist jedoch nur eine Verschlechterung von vielen. Wer zum zweiten Mal nacheinander einen Termin verpasst, kann im nächsten Monat 30% seiner Ansprüche gekürzt bekommen und nach dem 3. Mal kann es Totalsanktionen inklusive Streichung des Wohngelds geben. Dass darunter besonders stark psychisch erkrankte Menschen leiden, diese in die Obdachlosigkeit oder den Tod getrieben werden (die Lebenserwartung von Obdachlosen ist 30 Jahre kürzer als der Durchschnitt), ist der Bundesregierung egal. Die andere besonders stark betroffene Gruppe sind Frauen vor allem alleinerziehende. 37% der alleinerziehenden Familien sind auf unterstützendes Bürgergeld angewiesen. Sie sollten ihr Kind bereits nach 14 Monaten

und nicht erst nach drei Jahren, wie bis jetzt, in Betreuung geben und selber wieder arbeiten. Die Regeln fürs Wohngeld werden auch verschärft, wer arbeitslos wird, soll sich Sorgen um seine Wohnung machen. Anstatt das erste Jahr die Wohnung komplett zu bezahlen, soll nun nur noch das 1,5fache der Mietobergrenze (in Düsseldorf für eine Person 547 Euro) bezahlt werden. Nach einem Jahr wird nur noch die Mietobergrenze be-

zahlt. Die letzte wichtige Änderung betrifft die Vermögensbeiträge. Man soll nun weniger Vermögen haben dürfen, bevor man Anspruch auf die Grundsicherung bekommt. Für über 50-jährige z.B. 20000 Euro. Wer sein ganzes Leben gearbeitet hat, etwas für die Rente angespart hat und mit 60 arbeitslos wird, muss nun erst sein eigenes Ersparnis aufbrauchen, bis es Bürgergeld gibt.

Warum das alles?

Durch die neue Reform werden keine Milliarden gespart und ob eine Vermittlung (selbst in schlechte) Jobs bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage überhaupt möglich ist, bleibt auch fraglich. Worum geht es dann? Die neue Grundsicherung ist ein Angriff nicht nur auf die Erwerbslosen sondern auf die ganze Arbeiter:innenklasse. Es geht darum, die Grundsiche-

rung so unmenschlich und den Menschen so viel Angst vor der Arbeitslosigkeit zu machen, dass sie zu jedem Job bereit sind. Je schlechter die Grundsicherung wird, desto abhängiger werden wir von unserem Arbeitsplatz! Wer im Falle seiner Arbeitslosigkeit seine Wohnung kündigen muss, sein Ersparnis aufbrauchen muss und von der Willkür des Jobcenters abhängig wird, muss sich von seinem Chef mehr gefallen lassen,

➤ Der Feind der Arbeiter sind nicht die Arbeitslosen. Ihr gemeinsamer Feind sind die Kapitalisten ◀◀

weil selbst die schlechteste Arbeit noch besser als die Grundsicherung ist.

Es gibt tatsächlich einen kleinen Teil der Gesellschaft, der nicht arbeitet und uns allen auf der Tasche liegt. Er sitzt jedoch nicht im Jobcenter, sondern in der Regierung und den Chefetagen. Der Feind der Arbeiter:innen sind nicht die Arbeitslosen. Ihr gemeinsamer Feind sind die Kapitalisten, die sich von unserer Arbeitskraft ernähren uns ausbeuten und ihre Kriege schicken wollen. ■

Victor Dakmau, Düsseldorf.



Gelbe Briefe und Weimers Kulturkampf

Den diesjährige Goldenen Bär für den besten Film gewann der Filmregisseur Ilker Çatak für *Gelbe Briefe*. Dieser Film, der die Repression der Meinungs- und Kunstfreiheit in Erdogans Türkei anhand der Geschichte eines Künstlerpaars thematisiert, ist relevant: Nicht nur wegen des erneuten Mammutprozesses gegen Ekrem Imamoğlu, den ehemaligen Bürgermeister Istanbuls, sondern auch durch die Einmischung der Kulturminister Weimer bei der diesjährigen Berlinale. Die Parallelen zu Deutschland sind kein Zufall, sondern bewusst inszeniert: Szenen, die in Ankara und Istanbul spielen, wurden gezielt in Berlin und Hamburg gedreht – und das keineswegs versteckt.

Der Film eröffnet mit der Premiere eines kritischen Stücks an der Staatsoper in Ankara, das Aziz geschrieben hat und in dem seine Frau Deriya die Hauptrolle spielt. Ob dieses fortschrittliche und zugleich wohlhabende Künstlerpaar noch an die Möglichkeit glaubt, innerhalb des staatlich kontrollierten Kulturbetriebs Wirkung zu entfalten, bleibt zunächst unklar. Nachdem sie bei einer Antikriegsdemonstration waren, erhalten Aziz und andere fortschrittliche Professoren:innen jedoch ihre Kündigung. Kurz darauf bekommt auch Deriya ein entsprechendes Schreiben vom Schauspielhaus; der Grund bleibt vage, die Entscheidung ist jedoch endgültig.

Als die Künstler:innen und Akademiker:innen versuchen, sich dagegen zu

wehren – wie es in der Türkei etwa durch Initiativen wie „Barış için Akademisyenler“¹ geschah, führt es Aziz, Deriya und ihre Tochter zu einem faktischen Berufsverbot und macht ein weiteres Leben in Ankara finanziell unmöglich.

Der soziale Abstieg führt Aziz und Deriya nach Istanbul, wo sie bei Aziz' Mutter leben und trotz des gegen sie geführten Verfahrens wegen Kritik am Präsidenten gezwungen sind, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen. Dabei stellt sich immer wieder die Frage, ob und wie sie ihren politischen Kampf unter diesen Bedingungen – mit begrenzten Mitteln und angesichts ihrer familiären Situation – überhaupt aufrechterhalten können. Reicht dafür die alternative Theaterszene Istanbuls aus? Diese Fragen nach eigener Feigheit und nach Opportunismus gegenüber einer

Repression, die sich weniger durch offene Gewalt als vielmehr durch ökonomischen und bürokratischen Druck sowie durch gesellschaftlichen Konformismus durchsetzt, beschränkt sich nicht auf autokratische Systeme: vielmehr drängen sich Parallelen zu politischen Entwicklungen in Deutschland auf.

Gerade die Hürde, durch eine als „zu politisch“ wahrgenommene Stellungnahme Förderung und soziale Stellung zu verlieren, die Aziz und Deriya erfahren, ist längst auch in Deutschland aktuell. Besonders deutlich zeigt sich dies im Verlauf der Berlinale. Jurypräsident Wim Wenders erklärte im Zusammenhang mit dem Genozid in Gaza, er wolle

sich nicht auf das Feld der Politik begeben. Diese Haltung, die international Kritik hervorrief, wurde offenbar dennoch nicht als ausreichende Anpassung an die deutsche Staatsräson gewertet – so zumindest Weimer: Die Rede des palästinensischen Filmemachers Abdallah Al-Khatib², in der er Deutschland eine Mitverantwortung am Genozid in Palästina zuschrieb, bot vielmehr Anlass für eine Krisensitzung des Aufsichtsrats der Berlinale-Trägergesellschaft. In deren Verlauf wurde sogar das Amt der designierten Festivalleiterin Tricia Tuttle infrage gestellt – aufgrund der bloßen Anwesenheit Palästina-solidarischer Stimmen.

Die Berlinale war nie unpolitisch. Gerade weil sie jedoch in erheblichem Maße von staatlicher Förderung – rund 12 Millionen Euro – abhängig ist, kann sich ein solcher Kulturkampf schleichend durchsetzen.

Gelbe Briefe endet nicht mit einem spektakulären Abschluss des Prozesses, ebenso wenig wie die Berlinale mit klaren Maßnahmen für die kommenden Jahre. Stattdessen zeigt sich darin die Herausforderung, mit der Kunstschaffende und Aktivistinnen konfrontiert sind: dass sich Autoritarismus sowie der Abbau von Kunst- und Meinungsfreiheit schleichend durchsetzen. ■

Eva Ruth, Hamburg.

1 Auf deutsch: „Akademiker für den Frieden“

2 "Chronicle from the Siege"



VERANSTALTUNGEN

BERLIN

19:00 Uhr | Begegnungsstätte „Mehr Mitte“, Torstr. 190

Do, 16. 4. Treffen zur Vorbereitung des Schulstreiks am 08.05.

19:00 Uhr | BAVUL, Annenstraße 13

Do, 30. 4. Filmabend: Lebanon by Night

19:00 Uhr | BAVUL, Annenstraße 13

Do, 21. 5. Filmabend: Miles to go before I sleep

INTERNATIONAL

28. 7. - 2. 8. 2026 Internationalistisches Sommercamp in Spanien



Mehr RSO



Hier findet ihr uns online


Deutschland


www.sozialismus.click

  [rsodeutschland](#)

Österreich

www.sozialismus.net

 [rso_organisation](#)

 [rsoorganisation](#)



Revolutionär Sozialistische
Organisation



Sozialismus oder Laberei



WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter:innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unterschiedlichen Betrieben heraus, mit

denen wir Missstände anprangern, Kolleg:innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist:innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt

Ihr erreicht uns in
Deutschland unter:

info@sozialismus.click

www.sozialismus.click

Und in Österreich:

rso@sozialismus.net

www.sozialismus.net

und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter:innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr unter:

www.sozialismus.click/was-wir-wollen/